

Über den Seelenzustand unserer Republik

Subventionierte Lobbygruppen bestimmen, was offen gesagt werden darf

von Günter Scholdt

Der Autor, Jahrgang 1946, war bis zu seiner Pensionierung Archivar und Germanistikprofessor. Zuletzt schrieb er in ef 131 über „Anti-Preis ‚Denunziant des Jahres‘: Ein deutscher Traum“.

Eigentümlich frei – dieser Titel weckte bereits meine Aufmerksamkeit, bevor ich in der Zeitschrift auch nur geblättert hatte. Zwar ist „frei“ längst von einem menschheitlichen Urversprechen zur demagogischen Allerweltsvokabel verkommen. Doch fasziniert seine Verbindung mit „eigentümlich“, weil gerade dies den Seelenzustand unserer Republik so eindringlich spiegelt.

Natürlich hatten Eigentum und Freiheit von jeher miteinander zu tun. Kaum jemand ist abhängiger als der Besitz- oder Erwerbslose. Und im Kontrast hat Paul Seithe einmal Pressefreiheit definiert als Chance von „200 reichen Leuten, ihre Meinung zu verbreiten“. Im übrigen nennt der Duden für „eigentümlich“ folgende Synonyme: „bezeichnend“, „charakteristisch“, „unverwechselbar“ oder „signifikant“. Tatsächlich gewinnt hierzulande Signifikanz und Profil, wer aus der gängigen Informationsfilterung des Mainstreams aussteigt und auch obrigkeitserwünschte, „unkorrekte“ Nachrichten und Kommentare druckt. Denn im Sinne der politischen Klasse hat sich das Gute, Schöne, Richtige und Anspruchsvolle medial in einem Meinungsclaim zu bewegen, das der deutsche Tugendspießler etwa durch Organe wie „Stern“, „Zeit“, „Spiegel“, „Süddeutscher“, „taz“, „FAZ“ und den öffentlich-rechtlichen Staatsfunk absteckt.

„Eigentümlich“ kennt aber noch weitere Begriffsvarianten wie „absonderlich“, „befremdend“, „extravagant“, „skurril“, „exzentrisch“ oder „verschoben“. Und ein Blick auf die Konformität der Produkte unserer Blockparteien oder -medien lässt zuweilen wirklich den Schluss zu, dass der Ausbruch aus dem durch die veröffentlichte Moral etablierten Denk- und Nachrichten-Ghetto vielen als „befremdlich“, „skurril“ oder gar „verschoben“ erscheint. So, als wolle man sich etwas Unbilliges herausnehmen.

Wir, das heißt diejenigen, die sich ihrer Zwangsjacke entledigt haben und vom Recht auf Kritik und Zweifel hörbar Gebrauch machen, nehmen uns dabei aber nichts heraus. Wir holen uns allenfalls zurück, was uns von obskuren Sittenwächtern ungebührlich vorenthalten wird. Dass zahlreiche Hasenfüße darin Extravaganz oder Exzentrik vermuten, ist nur in einem traditionell freiheitsfeindlichen Klima plausibel, also leider hier. Und so deprimiert mich seit Jahrzehnten bei meinen lieben Landsleuten zunehmend dreierlei:

Erstens die Ahnungslosigkeit über die systematische Nachrichtenlenkung, die uns in entscheidenden Fragen

Objektivität nur vorgaukelt. Bis in höhere Bildungs- oder Managerkreise hinein sind vielfach nicht einmal die Namen alternativer Print- oder Internetmedien bekannt, denen man kompensatorisch entnehmen könnte, was uns täglich an Meldungen vorsätzlich unterschlagen wird.

Zweitens die darin zum Ausdruck kommende Interesselosigkeit an Fragen der Freiheit, jenseits der unmittelbaren (meist materiellen) Belange und Ersatzideologien wie Sport, Sex, Koch-Shows und Urlaub. Und zeigt sich mal tatsächlich Medienbewusstsein, dann allenfalls in Bezug auf die bösen oder armen, jedenfalls auch so unfreien Chinesen und Russen. „Wenn hinten fern in der Türkei“, spottete bereits Goethe. Auch Obamas NSA erregt neuerdings, wobei man auf Facebook allerdings nicht verzichten kann.

Drittens ein fehlendes Gespür dafür, dass viel gravierender als alle internationale Ausspähung die bei uns fast als gottgegeben akzeptierte Political Correctness wirkt. Dabei spürt man sie landauf, landab wie einen Schraubstock. Wenn in einer Gaststätte Flüstern einsetzt, obwohl man zuvor noch ganz deutlich vernehmen konnte, „man darf das heute ja nicht mehr sagen“, befinden wir uns wo? Leider im gegenwärtigen Deutschland und nicht dort, wo so etwas hingehörte: in die beiden Großdiktaturen Europas unseligen Gedenkens. Wenn bei gewissen Reizthemen zumindest jedes dritte Gespräch mit der Versicherung beginnt: „Ich bin ja kein ..., aber ...“, ist was faul, weil allzu viele offenbar glauben, sich ständig vor obskuren Kontrollinstanzen rechtfertigen zu müssen. Schließlich ergibt sich – wie der Thüringer AfD-Sprecher Björn Höcke einmal ausführte – der Maßstab für die Meinungsfreiheit eines Landes aus der Differenz zwischen öffentlicher Rede und privater Empfindung.

Wohlmeinende raten mir zum Beispiel zunehmend häufiger – wie berechtigt oder überängstlich auch immer –, bestimmte Themen oder Äußerungen zu meiden, anderes zu verklausulieren und gar am Telefon bei Temperamentsausbrüchen vorsichtiger zu sein. Auf Rückfrage, ob meine Ansichten denn abwegig oder unzulässig seien, heißt es gewöhnlich: „Das nicht. Aber du weißt ja, was man besser nicht sagt.“ Oder: „Böswillige könnten das missverstehen oder bewusst so auslegen, dass man dir einen Strick daraus drehen kann.“

Sind wir eigentlich bei jeder Äußerung stets verpflichtet, die hierzulande grassierende intellektuelle Unterbelichtung

Wohlmeinende raten mir zunehmend häufiger – wie berechtigt oder überängstlich auch immer –, bestimmte Äußerungen zu meiden, anderes zu verklausulieren und gar am Telefon vorsichtiger zu sein.

einzukalkulieren? Oder unter Bezug auf George Orwells Definition, Freiheit sei die Lizenz, „zu sagen, dass zwei plus zwei vier ist“: Muss ich auch Fakten und offensichtliche Zusammenhänge ignorieren, um als emanzipationskompatibler, integrationssensibler Staatsbürger zu passieren? Muss ich alle und alles mögen? Oh, wie benachbart wohnen doch Gutmensch und Meinungsdictator.

Die mir gegebenen Ratschläge sind also zweifellos fürsorglich, auch durch üble Beobachtungen gestützt, und ich bin dankbar dafür. Nur, was sagt das über unsere Gesellschaft aus? Und schwingt nicht in mancher Empfehlung sogar ein unterwürfiger Grundton mit, als sei man für derart erwachsene Schwierigkeiten letztlich selbst verantwortlich? Als störe man mit Klartext jenen öffentlichen Frieden, den der Staat als „ehrlicher Makler“ unterschiedlicher Auffassungen schon im Vorfeld möglicher Konflikte durch Mäßigungsgebote moderiert?

Nichts ist falscher als dieses Bild. Denn der Staat selbst existiert in Meinungsbelangen ja nur mehr als Beute äußerst aggressiver Lobbygruppen, die Regierungen, Parteien, Medien, Bildungseinrichtungen, Justiz oder Kirchen vor sich hertreiben und zunehmend häufig mit brachialen Mitteln gegen Andersdenkende vorgehen. Ganze – durch Steuergelder allerdings hoch alimentierte – Gesinnungsindustrien bringen sich in Stellung und sorgen zum Beispiel dafür, dass die demographische Katastrophe, der gesunkene Bildungsstand, die Finanz- wie Schuldenkrise kleingeredet und nur eine bestimmte Extremistengefahr aufgebauscht wird oder man weithin Europa mit seiner Bürokratie verwechselt. Sie veranlassen aberwitzige Quotenregelungen und Sprachdekrete.

Als Kraftquelle jenes Konformismus-Furors dient die argumentationsfaule Umwandlung von notwendigen Auseinandersetzungen in moralpolitische Ketzerdiskurse. Meinung wird zur Religionsfrage. Politische Konflikte „löst“ man im Sinne von Mysterienspielen mit vergebenen Rollen von Gott und Teufel. Ein stetig bekämpftes ominöses „Rechts“ – bundesrepublikanisches Urwort alles Bösen – dominiert: angefangen mit den täglich gelesenen „schwarzen (Medien-) Messen um den Mann aus Braunau“ (Michael Klonovsky) über diverse ethnische und sexuelle Minderheiten, Öko- und Klimahysteriker, Paranoiker der Gender-Branche bis zu den McCarthyisten aller Zeiten, Wichtigtuern und Pöstchenjägern jederlei Geschlechts. Sie alle finden hier ihr Eldorado, einschließlich der dazugehörigen denunziatorischen Trüffelschweine, die uns alternative totalitäre Toleranz einimpfen.

Und mehr noch: Man billigt oder ignoriert auch staatlicherseits vieles am Rande der Legalität, wo es angeblich die

Richtigen trifft. Ständig werden Veranstaltungen durch einschlägige Krawallgruppen gestört. Man übt Druck aus auf Vermieter oder nicht genehme Wahlkämpfer, schüchtert Wirte, Kioskbesitzer oder potentielle Redner durch Drohungen ein, stellt andere in Hörsälen oder dem Internet an den Pranger. Und die grünen oder sonstigen Parteioberen lächeln verständnisinnig über ihren munteren Nachwuchs in den politischen Flegeljahren.

Wo aber bleibt ein Aufschrei der Empörung? Suchen wir unter Mainstreamjournalisten nach Vertretern von unparteilicher Souveränität und couragierten Verteidigern öffentlich vorverurteilter Standpunkte, brauchen wir bestenfalls zwei Hände zum Zählen. Und wenn es wirklich stürmisch wird, delegieren wir lieber an ethnisch Geschützte: an Alfred Grosser oder Michael Wolffsohn, an Necla Kelek, Akif Pirinçci und nicht zuletzt Henryk Broder, der allerdings seinerseits das Geschäft moralpolitischer Dauerschrauben versteht.

Jüngst hat er ein konsterniertes Publikum um Belege für die Gefährdung hiesiger Meinungsfreiheit gebeten, und, als alles schwieg, sarkastisch festgestellt: das Ganze reduziere sich also lediglich auf mangelnde Zivilcourage. Das ist nicht falsch. Die ausgebliebenen Antworten zeigen es ja. Und gewiss nehmen wir uns 90 Prozent der Freiräume selbst, indem wir gar nicht erst austesten, was denn nun tatsächlich erlaubt ist. Doch für die restlichen zehn Prozent setzt unser Berufsprovokateur offenbar einen Märtyrer-Typus voraus, der zwar nicht um seinen Kopf spielt, aber um seine Karriere, seinen bürgerlichen Ruf und diverse Lebenschancen allemal. Falls er nicht zusätzlich noch einem zeitgeisthörigen respektive beförderungseilen Staatsanwalt oder Richter in die Hände fällt. Eine jährlich fünfstellige Zahl einschlägiger Politprozesse spricht Bände, selbst unter der Annahme, dass fraglos auch berechtigte Urteile darunter sind.

Resümieren wir: Gerade die sich an hohen universalistischen Werten messende Zivilgesellschaft besitzt keinen Anspruch auf bedingungslose Konformität. Das gilt selbst für Abwegiges. Auch verbohrt Nostalgie ist kein „Gedankenverbrechen“. Die politische Klasse hat es hinzunehmen, dass man auch segensreichste Reformen nicht schafsgeduldig abnickt, sondern beargwöhnt. Orwell zumindest nannte Freiheit „das Recht, anderen zu sagen, was sie nicht hören wollen“. Und lebte er noch, hätte er sich voller Abscheu geschüttelt beim Mustern des sogenannten „Toleranzpapiers“ der EU, wonach Journalisten für bestimmte Kommentare bestraft oder prämiert, Sender und Zeitungen zu affirmativer Berichterstattung verpflichtet werden sollen. Gerade er durchschaute Sprachschummeleien à la „1984“: „Freiheit ist Sklaverei – Unwissenheit ist Stärke.“ ○